

Anhörung im Landtag

DBB NRW für mehr geschlechtergerechte Haushaltsplanung

Am 13. März 2025 fand im Landtag NRW eine gemeinsame Anhörung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen sowie des Haushalts- und Finanzausschusses zum Thema „Den Landeshaushalt 2025 fair-teilen: Geschlechtergerechte Haushaltsplanung für NRW“ statt. **Diana Wedemeier**, Vorsitzende der dbb Landesfrauenvertretung NRW, und **Julia Dalhoff-Schereik**, Rechtsabteilung des DBB NRW, vertraten als Sachverständige die Position des DBB NRW. In seiner Stellungnahme bekräftigte der DBB NRW seine langjährige Forderung nach einer konsequenten und systematischen Anwendung der Grundsätze des Gender Mainstreamings auch im Bereich der Haushaltspolitik. Gerade in Zeiten enger werdender finanzieller Spielräume ist es dringend erforderlich, die Verteilung finanzieller



Julia Dalhoff-Schereik und Diana Wedemeier vertreten den DBB NRW mit seiner Stellungnahme zur gemeinsamen Anhörung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen sowie des Haushalts- und Finanzausschusses.

Ressourcen fair und gerecht zu gestalten. Das schließt die Betrachtung nach geschlechtsspezifischen Besonderheiten mit ein. Diana Wedemeier betonte in der Anhörung, dass die angespannte Personallage im öffentlichen Dienst nicht als

Ausrede dienen dürfe, um auf eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung zu verzichten. Gleichzeitig appellierte sie daran, bei der Umsetzung stets ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Aufwand und Nutzen im Blick zu behalten. Der

DBB NRW setzt sich weiterhin für einen verantwortungsbewussten und maßvollen Umgang mit Ressourcen ein und unterstreicht die Bedeutung einer geschlechtergerechten Mittelverteilung für mehr Gleichstellung im Land. MM

© DBB NRW / Marcus Michel

Geschäftsstelle

Neue Ausstellung in der Geschäftsstelle des DBB NRW

Typisch Frau: Ausstellung vergleicht Vorurteile in Ost und West

Seit über drei Jahrzehnten ist die deutsche Teilung Geschichte. Dennoch begegnet man (und frau) immer noch vielen Klischees, die Frauen aus Ost- und Westdeutschland zugeschrieben werden. Die Westfrau wird oft entweder als „Heimchen am Herd“ oder als knallharte Karrierefrau beschrieben. Die Ostfrau hingegen steht im Kohlebergbau „ihren Mann“. Sie wird als tough bezeichnet oder auch als Rabenmutter, weil sie ihre Kinder in die Krippe gibt. Die Westfrau gendert, während die Ostfrau damit

1 Typisch Frau: Vorurteile in Ost und West

Neue Ausstellung
in der
Geschäftsstelle



3 Feierabendplausch in der Geschäftsstelle

Direktorin der
Bundesstiftung Auf-
arbeitung besucht
den DBB NRW



4 Frauen. Machen. Demokratie.

Broschüre zur
Veranstaltungsreihe
erschieden



nichts anzufangen weiß. Die Ostfrau gilt mal als Verliererin, mal als Gewinnerin der deutschen Einheit. Die Liste der Zuschreibungen ist lang. Obwohl sie sich teilweise grotesk widersprechen, zeugen sie doch alle von der Überzeugung, man wisse genau, wie DIE Ostfrau und DIE Westfrau eigentlich ticken. Vor allem eines scheint klar zu sein: Sie ticken alle gleich, aber im Vergleich zum anderen Teil Deutschlands sehr unterschiedlich. Woher kommen diese Zuschreibungen? Und was ist an ihnen dran?

Bis zum 30. September 2025 will die Ausstellung „Frauen im geteilten Deutschland“ in der Geschäftsstelle des DBB NRW auf diese Fragen Antworten geben. Herausgegeben von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und kuratiert von **Clara Marz** ist die Schau ein Beitrag zum 35. Jah-

Reklame für ORWO-Kleinbildfilme, Ende der 1980er-Jahre



© Industrie- und Filmmuseum Wolfen

restag der deutschen Einheit. Auf 20 Plakaten werden die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen in der Bundesrepublik und der DDR der 1970er- und 1980er-Jahre dargestellt. QR-Codes auf den Plakaten verweisen auf Videointerviews mit **Dr. Anna Kaminsky**, Autorin des Buches „Frauen in der DDR“ und Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung, sowie auf weitere audiovisuelle Begleitmaterialien im Internet.

Die DDR lag mit der Zahl der berufstätigen Frauen zwar an der Weltspitze, der Maßstab ihrer Gleichberechtigung wurde jedoch von Männern bestimmt. Der normale Alltag der Frauen in der DDR war gestaltet durch Berufstätigkeit, Haushalt, Kinder, Einkauf, Weiterbildung und Mitarbeit in gesellschaftlichen Organisationen. Wirtschaftlich waren die Frauen zunächst für den Wiederaufbau nach dem Krieg wichtig, danach für den Arbeitsmarkt und die Produktionssteigerung angesichts der Flucht- und Abwanderungsbewegung in die Bundesrepublik bis zum Bau der Berliner Mauer. Aus politischen, wirtschaftlichen und demografischen Gründen wurde die Gleichberechtigung der Frauen in der DDR in der Verfassung festgeschrieben. Das war die Grundlage für ihre uneingeschränkte Einbeziehung in den Arbeitsprozess und ihre berufliche Qualifizierung. Während 1950 rund 49 Prozent der Frauen in der DDR berufstätig oder in einer Ausbildung waren, belief sich ihr Anteil 1989 auf mehr als 90 Prozent. Der Anteil der Studentinnen an den Universitäten erhöhte sich von 25,2 Prozent 1960 auf 50,2 Prozent in 1987. „Nur-Hausfrauen“ gab



Clara Marz ist Kuratorin der Ausstellung „Frauen im geteilten Deutschland“.

© Mitteldeutscher Rundfunk | Mareike Wiemann

es kaum. Kind und Karriere waren für berufstätige Mütter unter anderem durch spezielle sozialpolitische Maßnahmen wie Babyjahr, Haushaltstag, Frauensonderstudium, staatliche Hilfen bei der Geburt, Betreuung und Erziehung der Kinder möglich. Das Zentrum der politischen Macht, das Politbüro der Staatspartei SED und deren Schaltzentralen, blieben jedoch bis zum Schluss Männern vorbehalten. So ging es in der DDR trotz vieler Vorteile für die Frauen letztlich nicht um ihre Emanzipation, sondern um die Lösung wirtschaftlicher, politischer und sozialer Probleme des SED-Staates.

Die Schau macht Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West deutlich, zeigt aber auch die mit den Jahren immer größer werdenden Unterschiede auf. Vor allem ab den 1970er-Jahren, so Anna Kaminsky, Direktorin der Stiftung Aufarbeitung, seien die Erwartungen an die Lebenswege von Frauen auseinandergegangen: „Ende der 1960er-, Anfang der

1970er-Jahre ändert sich sowohl in Ost als auch in West das Frauenbild.“ Zu diesem Zeitpunkt sei die erste Mädchengeneration nach dem Krieg erwachsen geworden, erklärt Kaminsky und weiter: „In der DDR ist es die erste Generation, die die Polytechnische Oberschule durchlaufen hat. Das heißt, diese Mädchen haben die Erfahrung gemacht, dass sie mit den gleichen Lerninhalten an den Schulen wie die Jungen erzogen worden sind.“

Laut Kuratorin Marz waren es immer Männer in Machtpositionen, die über das Idealbild der Frau entschieden, egal ob in Ost- oder Westdeutschland: „Dieses Klischeebild von jungen, schönen Frauen, die gepflegt waren und immer fröhlich waren, auch möglichst unkompliziert, gute Ehefrauen, gute Mütter – das war auf beiden Seiten ähnlich.“ Wie zum Beispiel die obligatorische Blondine, die übertrieben loltahaft für ORWO-Filme wirbt. „Sex sells“, dieses Prinzip galt auch in der DDR.



Ausstellungsplakat

© Grafiker Dr. Thomas Klemm

Es ist Anliegen der Ausstellung, die vielfältigen Erfahrungen von Frauen sichtbar zu machen und deren deutsch-deutsche Lebenswirklichkeiten mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden aufzuzeigen. Zugleich wirft die Ausstellung die Frage auf, ob Frauen in beiden deutschen Staaten trotz unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ein gemeinsames Streben nach Selbstbestimmung in einem

männlich geprägten System verbanden.

Die Ausstellung in der Geschäftsstelle des DBB NRW kann bis zum 30. September 2025 während der regulären Öffnungszeiten kostenlos besucht werden. Für Gruppenbesuche ist eine telefonische Anmeldung erbeten. Auch sind für die Stadt- und Kreisverbände wieder „Feierabendtermine“ nach Absprache möglich.

MM



© Bundesstiftung Aufarbeitung | Harald Schmitt

Symbolbild für einen Generationenwechsel: Ältere Frauen erholen sich von der Feldarbeit, junge Frauen gehen an ihnen vorüber.

Feierabendplausch in der Geschäftsstelle

Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung besucht den DBB NRW

Zum 2. Termin seines neuen Veranstaltungsformates „akten_kundig – Der Feierabendplausch“ begrüßt der DBB NRW am 17. Juni 2025 um 17 Uhr alle Besucher und Interessierte in der Geschäftsstelle, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Wie bereits im Herbst geschehen, möchte der DBB NRW an diesem Abend mit seinen Gästen wieder in einen geselligen Gedankenaustausch treten sowie über ein zeithistorisches Thema referieren und diskutieren.

Im Rahmen der frauenthematischen Veranstaltungsreihe „Frauen. Machen. Demokratie.“ geht es an diesem Abend um „Frauen in der DDR“. Wir

freuen uns auf einen besonderen Gast, die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und Autorin **Dr. Anna Kaminsky**. Wie lebten Frauen in der DDR? Im Rückblick erscheinen sie oft wie „siebenarmige Göttinnen“, die es offenbar spielend schafften, Berufstätigkeit, Mutterschaft und Emanzipation unter einen Hut zu bringen und bei alldem fröhlich durchs Leben zu gehen. Ihnen standen viele Wege offen, da, so die offizielle Lesart, der Staat vorbildlich für „seine Frauen“ sorgte. Frauen in der DDR waren aber zugleich zwischen all ihren Rollen zerrissen. Anna Kaminsky wagt einen Gesamtblick auf die Situation von Frauen in der

DDR, der das politische Leben genauso einschließt wie das berufliche und das private.

Anna Kaminsky studierte an der Sektion Theoretische und angewandte Sprachwissenschaft der Karl-Marx-Universität in Leipzig und promovierte zum Dr. phil. im Jahr 1993. Bis 1998 arbeitete sie in verschiedenen Forschungs- und Ausstellungsprojekten unter ande-

rem am Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung, an der Universität Münster, der Gedenkstätte Sachsenhausen und am Deutschen Historischen Museum mit. Seit 1998 ist sie zugleich wissenschaftliche Mitarbeiterin, seit 2001 Direktorin und seit 2021 Vorstandsmitglied der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

MM

Buchcover „Frauen in der DDR“ von Dr. Anna Kaminsky

FRAUEN in der DDR



© Chr. Links Verlag



Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

© Bundesstiftung Aufarbeitung



DBB NRW
Beamtenbund
und Tarifunion

10. Frauenpolitische Fachtagung des DBB NRW

Die 10. Frauenpolitische Fachtagung
des DBB NRW findet
in diesem Jahr unter dem Leitthema

„Frauen. Machen. Demokratie“

**am 8. Oktober 2025
im Meliá Düsseldorf statt.**

**Bitte merkt Euch dieses Datum vor.
Wir freuen uns auf Eure Teilnahme!**

Eure DBB Frauenvertretung NRW

Save the Date!

Frauen. Machen. Demokratie.

Broschüre erschienen

Frauen. Machen. Demokratie.

Als am 7. September 1949 der erste Deutsche Bundestag in Bonn zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, befanden sich unter seinen 410 Abgeordneten lediglich 28 Frauen. Zwar hatten die vier „Mütter des Grundgesetzes“ bereits zuvor im Parlamentarischen Rat gegen erhebliche Widerstände den Gleichheitsgrundsatz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ im Art. 3 Grundgesetz verankern können, doch auch über 75 Jahre später ist, trotz vieler frauenpolitischer Maßnahmen, für eine wirkliche Gleichberechtigung weiterhin noch viel zu tun. Auch wenn es heute keinen „Gehorsamsparagrafen“ im BGB mehr gibt oder mit dem „Gleichbehandlungsgesetz“ zumindest formal Verbesserungen für berufstätige Frauen erreicht werden konnten, waren diese Meilensteine ein steter Kampf für die Umsetzung einer verfassungs-

gemäßen Selbstverständlichkeit des im Art. 3 normierten Grundrechtes.

In dieser Broschüre wollen wir auf Erreichtes und selbstbewusste Frauen in Ost und West zurückblicken, aber auch auf die vielfältigen Herausforderungen der Zukunft schauen.

Freuen Sie sich mit uns auf die frauenthematische Veranstaltungsreihe des DBB NRW im 35. Jahr der deutschen Einheit **„Frauen. Machen. Demokratie.“** Neben den beiden Ausstellungen „Frauen im geteilten Deutschland“ (bis zum 30. September 2025) und „Mütter des Grundgesetzes“ (vom 1. Okto-

ber 2025 bis 31. März 2026) erwarten Sie am 17. Juni 2025 ein „Feierabendplausch“ in der Geschäftsstelle des DBB NRW zum Thema „Frauen in der DDR“ sowie unsere 10. Frauenpolitische Fachtagung, die am 8. Oktober 2025 im Meliá Hotel Düsseldorf stattfindet.

MM



Frauen. Machen. Demokratie.

Gleichberechtigung in Deutschland
seit Ende des 2. Weltkrieges

Begleitbroschüre zur frauenthematischen Veranstaltungsreihe des DBB NRW „Frauen. Machen. Demokratie.“

KV Gütersloh

Gabriele Bremke-Moenikes (PhV) als Vorsitzende einstimmig bestätigt

Anfang März traf sich der Gesamtvorstand des DBB Kreisverbandes Gütersloh im Ratskeller zu Wiedenbrück. Nach dem Kassenbericht und der Kassenprüfung für 2024 wurde der alte Vorstand entlastet und es folgte der nächste Tagesordnungspunkt: Neuwahlen des geschäftsführenden Vorstandes. Der neue Vorstand stellt sich wie folgt dar: Die bisherige Vorsitzende **Gabriele Bremke-Moenikes** (PhV) wurde einstimmig in ihrem Amt als Vorsitzende bestätigt. **Klaus Geismann** (BSBD) wurde einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden und zum Schriftführer gewählt. **Burkhard Palm** (DSTG) übernimmt das Amt des Kassenswartes und wurde ebenfalls

einstimmig gewählt. Die Posten als Kassenprüfer übernehmen **Peter Rosenthal** (vLw) und **André Schicht** (BSBD), beide einstimmig gewählt. Mit großem Dank für ihr Engagement wurden aus dem Vorstand verabschiedet: **Marianne Möllmeier** (DSTG) als stellvertretende Vorsitzende und **Helmut Schulz** (DSTG) als Kassenswart. Im Anschluss an die Wahlen erfolgte eine rege Diskussion über aktuelle Themen und Entwicklungen in der Gewerkschaftsarbeit von DBB und Tarifunion in Land und Bund. Genannt seien zum Beispiel die Besoldungsstrukturreform, der Bürokratieabbau oder die notwendige Stärkung des öffentlichen Dienstes. *GBM*



von links: Peter Rosenthal (vLw), Stefan Schlepphorst (vLw), Jörg Bonin (DSTG), Gabriele Bremke-Moenikes (PhV), Klaus Geismann (BSBD), Marianne Möllmeier (DSTG), Burkhard Palm (DSTG), Klaus-Dieter Schulze (komba), André Schicht (BSBD), Markus Hoyer (DSTG), Helmut Schulz (DSTG)

© DBB NRW | KV Gütersloh

Bundespolitik

NRW-Abstimmung im Bundesrat

NRW trägt „historische“ Entscheidung zur Schuldenbremse im Grundgesetz

Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Bundesrat dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes bezüglich der Neuregelung der Schuldenbremse für den Bundeshaushalt zugestimmt. „Nordrhein-Westfalen trägt die Stärkung unserer Bundeswehr und Infrastruktur in Zeiten enormer geopolitischer Herausforderungen aus voller Überzeugung mit“, sagte Minister **Nathanael Liminski**.

Bereits zuvor war die FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen mit einer Klage gegen die Zustimmung der Düsseldorf Landesregierung zu dem von Union und SPD auf Bundesebene vereinbarten Finanzpaket im Bundesrat gescheitert „Der Eilantrag hatte



Mona Neubaur, NRW-Wirtschaftsministerin, bei ihrer Rede vor dem Bundesrat

© Land NRW | Staatskanzlei (2)



Nathanael Liminski, Chef der NRW-Staatskanzlei, im Gespräch (Mitte)

keinen Erfolg“, teilte das Landesverfassungsgericht in Münster mit. Die FDP war der Auffassung, die geplante und vom Bundestag bereits kürz-

lich beschlossene Änderung der Regelung zur Schuldenbremse im Grundgesetz komme einer Änderung der NRW-Landesverfassung gleich,

ohne dass das Landesparlament daran beteiligt werde, schilderte das Gericht. Damit war der Weg für eine Zustimmung der schwarz-grünen

NRW-Landesregierung zu dem historischen Finanzpaket und den neuen Schuldenregeln im Bundesrat frei.

MM

Landespolitik

Verfassungsschutz veröffentlicht Lagebild Rechtsextremismus

Wie Rechtsextremisten die Demokratie gefährden

Innenminister **Herbert Reul** hat kürzlich das Lagebild Rechtsextremismus vorgestellt. Auf 100 Seiten hat der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen aktuelle Entwicklungen und neue Gefahren im Bereich Rechtsextremismus umfassend dargestellt. Daraus geht unter anderem hervor, dass die rechtsextremistische Szene jünger und moderner geworden ist. Um seine Ideologie zu verbreiten, setzt der Rechtsextremismus auf die Strategie der Entgrenzung und mobilisiert viele Menschen insbesondere über die sozialen Medien. Auch rechtsextremistische Radikalisierung findet heute immer öfter online statt. Die Straftaten der politisch motivierten Kriminalität im Bereich rechts sind gestiegen – um rund 60 Prozent.

Minister Herbert Reul: „Der Rechtsextremismus bleibt die größte Bedrohung für unsere Demokratie. Wir sehen, dass er sich modernisiert hat – heute weniger Glatze und Springerstiefel, dafür mehr Kurzvideos, Gaming und Active Clubs. Davon dürfen wir uns aber nicht täuschen lassen. Das ist nur alte Ideologie in neuem Gewand. Rechtsextremisten halten sich durch Hass und Hetze am Leben. Dem dürfen wir keinen Raum geben. Der Verfassungsschutz hat diese Entwicklungen fest im Blick. Aber der beste Verfassungsschutz besteht aus mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die für ihre Demokratie eintreten und rechte Hetze in die Schranken weisen.“

Die Straftaten der politisch motivierten Kriminalität im Bereich Rechtsextremismus



© DBB NRW | Marcus Michel

Symbolbild „entnazifizierter“ Reichsadler

sind im letzten Jahr stark gestiegen. In 2024 waren es 5 641 Straftaten. 2023 zählte die Polizei noch insgesamt 3 549 Straftaten in Nordrhein-Westfalen. In 78 Prozent der Fälle handelte es sich um Propagandadelikte (3 511) und Volksverhetzung (839). Die Anzahl der Gewaltdelikte durch rechtsmotivierte Tat-

verdächtige stieg mit 154 Straftaten gegenüber dem Vorjahr (2023: 116) ebenfalls um 33 Prozent an. In den meisten Fällen (94 Prozent) handelte es sich hier um Körperverletzungen (145). Die Aufklärungsquote der Gewaltdelikte lag wie im Vorjahr bei 72 Prozent. Hasskriminalität stieg um 43 Prozent von

1 432 auf 2 049 Straftaten an. Auch der Anteil der Tatverdächtigen in der Altersgruppe der 14- bis 17-Jährigen hat sich erhöht. 287 Jugendliche in 2024 im Vergleich zu 100 ein Jahr zuvor.

Nach dem Lagebild Islamismus, das im Mai 2024 veröffentlicht wurde, handelt es

sich mit dem Lagebild Rechtsextremismus um das zweite, das einen Extremismusbereich explizit beleuchtet. Im Koalitionsvertrag sind zudem weitere Lagebilder zu den Phänomenbereichen Linksextremismus und auslandsbezogener Extremismus vereinbart.

MM

Politische Bildung

Neuorganisation der Landeszentrale für politische Bildung Expertengremium übergibt Abschlussbericht



Expertengremium übergibt Abschlussbericht zur Neuorganisation der Landeszentrale für politische Bildung an Staatssekretärin Türkeli-Dehnert (MKW NRW): Prof. Dr. Andreas Zick, Dr. Helle Becker, Staatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert, Prof. Dr. Winfried Kluth, Lukas Gundling (von links).

Das Expertengremium zur Neuorganisation der Landeszentrale für politische Bildung hat seinen Abschlussbericht zur Neuorganisation der Landeszentrale für politische Bildung an **Gonca Türkeli-Dehnert**, Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, übergeben. Seit Oktober des vergangenen Jahres haben fünf Expertinnen und Experten die Organisationsstrukturen der Zentralen für politische Bildung auf Bundes- und Landesebene verglichen und auf

dieser Basis ein Konzept entwickelt, wie die nordrhein-westfälische Landeszentrale unabhängiger aufgestellt werden kann. Die Einsetzung des Expertengremiums wurde initiiert, um einem zentralen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag nachzukommen und darüber hinaus die organisatorischen Rahmenbedingungen für eine strukturelle Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung grundsätzlich herauszuarbeiten.

Das Expertengremium kommt in seinem Bericht zu dem Er-

gebnis, dass die Landeszentrale organisatorisch an den nordrhein-westfälischen Landtag angegliedert werden sollte. Die Gesamtschau der Organisationsformen der Landeszentralen in den anderen Bundesländern habe gezeigt, dass die Unabhängigkeit der politischen Bildung so am besten gewährleistet sei. Konkret sei ein Beauftragter zu berufen, der nach dem Mehrheitsprinzip für einen wahlperiodenübergreifenden Zeitraum, idealerweise für acht Jahre, bestellt wird. Außerdem schlagen die Experten vor, ein plural

besetztes Kuratorium, einen Beirat oder ein ähnliches Gremium zur Beratung und Aufsicht der Landeszentrale einzusetzen. Eine Möglichkeit, die Präventionsarbeit zu stärken, sieht das Expertengremium in einer Zuordnung zur Landeszentrale. Seit ihrer Gründung im Jahr 1946 ist die Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen Teil eines Ministeriums. Auch in 13 weiteren Ländern sind die jeweiligen Landeszentralen Teil der Staatskanzlei oder gehören organisatorisch zu einem Ministerium.

MM

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (1. Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.

Chefredaktion: Marcus Michel

Redaktion: Roland Staude, Gabriele Bremke-Moenikes, Christian Kratzsch

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 47, gültig ab 1.1.2025. **Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

Sitzung der Seniorenvertretung

Umfangreicher Bericht zum Stand der Tarifverhandlungen mit Bund und Kommunen

Ende März trafen sich in der Geschäftsstelle des DBB NRW die Seniorenvertreter der Fachgewerkschaften zu einer Sitzung der Landesseniorenvertretung. Der Vorsitzende **Hubert Meyers** berichtete ausführlich über die Arbeit des Vorstandes und insbesondere über das Treffen mit der SPD-

Fraktion. Als weitere Themen wurden unter anderem die Krankenhausreform, die Abrechnungsproblematik gegenüber der PKV, Voraussetzungen zur Gewährung von Rechtsschutz und daraus resultierender Auswirkungen auf die Mitgliedsbindungen.

Als Gast begrüßte Hubert Meyers die Vorsitzende der Tarifkommission des DBB NRW, **Sandra van Heemskerck**. Sie berichtete über die gescheiterten Tarifverhandlungen, das fehlende Entgegenkommen der Arbeitgebervertreterinnen und -vertreter sowie die sich

daraus ergebenden zukünftigen Aktionen und Reaktionen seitens der Gewerkschaften, um nach einem möglicherweise erfolglosen Schlichtungsverfahren in einer möglichen vierten Verhandlungsrunde noch eine akzeptable Einigung zu erzielen. *MM*

Die Vorsitzende der Tarifkommission, Sandra van Heemskerck, informiert über das anstehende Schlichtungsverfahren nach den erfolglosen Tarifverhandlungen.



© DBB NRW | Marcus Michel